

Dresdner Volkszeitung

Polizeikommission: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto: Cbr. Kshold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 66,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 85,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Komparatzeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die halbspaltige Reklamezeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Kleinanzeigen 1 M.

Nr. 103

Dresden, Donnerstag den 4. Mai 1922

33. Jahrg.

Ein neuer englischer Reparationsplan

Der diplomatische Korrespondent der Daily News berichtet aus Genua: Barthou bringe einen neuen Plan für die Reparationen zur umfassenden Regelung der interalliierten Kriegsschulden und der Reparationen nach Paris. Dieser Plan sei in der Hauptsache von Sir Basil Blackett entworfen worden und sehr einfach, daß der Reparationsplan zunächst auf 110 Milliarden u. schließlich auf 132 auf 110 Milliarden erkläre, und daß er dann in zwei Kategorien geteilt werde, in einer von 65 Milliarden und der anderen von 45 Milliarden. Die erste Zahl bildet die Gesamtsumme der interalliierten Schulden. Sie werde vollständig vollkommen bei Seite gestellt. Von Deutschland werde nicht verlangt werden, daß es irgendwelche Zahlungen zur Begleichung dieser Forderung mache. Die übrigen 45 Milliarden würden die unmittelbaren Reparationen bilden. Nach einer solchen Herabsetzung der Reparationssumme könne Deutschland eine internationale Anleihe aufnehmen, die etwa die Zahlungen für die nächsten 5 Jahre decke. Die Annahme dieses Planes würde das gesamte Reparationsproblem auf eine vollkommen neue Grundlage stellen.

Der Berichtshalter der Daily News fragt, ob Frankreich eine so vernünftige Entscheidung annehmen werde, und stellt folgende Erwägungen an:

1. Unmittelbar vor Genua erklärte Großbritannien, daß eine Vereinbarung bezüglich des Gelases der Zinsen für den von Frankreich an Großbritannien geschuldeten Betrag jederzeit zu Ende gehen könne. Nach Ansicht des Berichtshalters der Daily News läßt sich das Memorandum jedoch, wenn Frankreich den neuen Plan von Georges annehme, fortgesetzt werden.

2. Frankreich brauche dringend Geld. Wenn die unmittelbare Verpflichtung Deutschlands auf 45 Milliarden herabgesetzt würde, so würde es möglich sein, eine internationale Anleihe aufzunehmen, von der der größte Teil an Frankreich gehen würde in Form von Darlehenszahlungen auf die Reparationen für vier oder fünf Jahre.

3. Während Frankreichs Reparationsanteil jetzt 62 Prozent betrage, bestünde Grund zu der Annahme, daß wenn der neue Plan gebilligt werde, Großbritannien, das eine Stabilisierung Europas mitträglich halte als Reparationen, der Betrag der französischen Anteils auf Kosten Großbritanniens zustimmen würde.

Die Beteiligung am Wiederaufbau

In Genua haben weitere Verhandlungen über die Beteiligung kleiner Staaten an dem vor wenigen Wochen in London gegründeten Konföderation zum Wiederaufbau Europas stattgefunden. Deutschland ist an diesem Konföderation, dessen Leiter von dem

Banken bereitgestellt werden, das aber gleichzeitig unter Leitung der einzelnen Ländervereinigungen steht, bekanntlich auch beteiligt. Die in Genua anwesenden Vertreter der Banken haben folgende vorläufige Zusagen gemacht, die innerhalb 30 Tagen bestätigt werden müssen: Kanada 1 Milliarde Pfund Sterling, Tschechoslowakei 1/2 Milliarde Pfund Sterling, Dänemark und Japan je 1/4 bis 1/2 Milliarde Pfund Sterling, Schweden und die Schweiz je 1/4 Milliarde Pfund Sterling. Da das Gesamtvermögen dieses Konföderations nur 20 Millionen Pfund betragen soll, werden die Beiträge der Großmächte, die bereits eine Beteiligung in London versagten, von 5 auf 3 Milliarden Pfund Sterling reduziert. Falls Amerika gleichfalls seine Beteiligung zusagt, soll der von ihm zur Verfügung gestellte Betrag nicht in die 20 Millionen Pfund Sterling einberechnet werden, so daß also im Gesamtvermögen das Stamkapital von 20 Millionen überschritten würde.

Vor der Entscheidung

Die Entscheidung über die Weiterführung der europäischen Wirtschaftskonferenz liegt zur Zeit nicht in Genua selbst, sondern in Paris. Es ist mehr als fraglich, ob es Barthou gelingen wird, den Widerstand Poincarés gegen die Pläne Lloyd Georges, gegen den Friedenspakt und das Memorandum an Rußland zu brechen. Die Lage Barthous ist infolgedessen äußerst ungünstig, als er durch die Anweisung Poincarés an Barre, das russische Memorandum nicht zu unterzeichnen, bloßgestellt ist und Poincarés sich durch diese Anweisung festgelegt hat.

Der französische Verlust, selbst die Abkehr eines mehrjährigen Burgfriedens das Recht zu behalten, militärische Sanktionen gegen Deutschland vorzunehmen, dürfte wahrscheinlich dazu führen, die Aufnahme Deutschlands (und auch Rußlands) in den Völkerbund zu beschleunigen, um auf diese Weise ein für allemal ein französisches Vorgehen gegen Deutschland unmöglich zu machen.

Entgegen verschiedenen Gerüchten, daß Lloyd George wiederum gegen Poincarés zurückweichen wird, teilt die englische Pressestelle in Genua mit: Lloyd George besteht darauf, daß die Signatarmächte des Versailler Vertrags sich in Genua und nicht anderswo vor dem 31. Mai treffen sollen.

Paris, 3. Mai. Staatssekretär a. D. Bergmann ist heute in Paris eingetroffen.

Der Abzug der deutschen Delegation in Genua

Genua, 4. Mai. Heute sahen zwanzig Mitglieder der deutschen Delegation nach Hause, nachdem die Arbeiten der Kommissionen, an denen sie beteiligt waren, erledigt sind.

Vollziehung in Genua

Eigener Bericht

Genua, 3. Mai, 5 Uhr nachmittags.

Nach dem endlosen Kampf der letzten Wochen folgte heute die zweite Vollziehung ohne große Begebenheiten und Zwischenfälle. Dies fand sich friedlich, als habe immer das beste Einverständnis, die die blühende Freundschaft geherrscht, ein. Neben Lloyd George, Facta und Schanzer sah man auf dem Platz Barthous den französischen Botschafter in Rom, Barre, für Deutschland nahmen Reichsanwalt Dr. Birck, Reichsaussenminister Dr. Rathenau und Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt an der Sitzung teil.

Die zweite Vollziehung hatte die Aufgabe, die Arbeiten der Finanz- und Transportkommissionen

in beständiger, also ein Zentrum zu erledigen, dem nach der Annahme der Resolutionen in den Ausdrücken keine besondere Bedeutung beizumessen ist. Nach parlamentarischen Brauch kam man dieser Aufgabe nach durch Neben, in denen man eigentlich ohne Zweck nochmals Theorien aufstellte, die schließlich nicht so halb zur Prägung werden und die um so weniger Wert hatten, als der erste Teil der Sitzung ohne jede innere Anteilnahme verlief. Der anwesende Gouverneur interessierte manchen Delegierten mehr als die einleitenden Worte Factas und den anschließenden Bericht des Vorsitzenden der Finanzkommission, des Engländers Evans. Sowohl der Rede des italienischen Ministerpräsidenten wie dem Ausdrücken der englischen Finanzfachverständigen muß man trotz ihrer Wirkungslosigkeit die Absicht nachrühmen, ein Weiterarbeiten der Konferenz zu ermöglichen. Evans schien besonders befreit, die Finanzschwierigkeiten, die die Verteilung der Geldverteilung, Vermehrung der Banknoteninflation, Balancierung des Budgets durch Steuern und als erstes Hilfsmittel Anleihen fordern, in ihrer allgemeinen und dauernden Tragweite herauszuheben.

Neuerlich sympathisch wurde der Appell Schanzers, die Verhandlung eines langen, dauernden Friedens zu schaffen, aufzunehmen. Die nachfolgende Rede des französischen Delegierten Barre, die zu drei Punkten aus Vorbehalten bestand, konnte nicht den Eindruck erwecken, daß man auch auf französischer Seite bereit sei, die Grundlage zu einem dauernden Frieden, schafften zu werden. Erst als der Schweizer Schulthess zu Wort kam und eine Note anfügte, die später von Rathenau verlesen wurde, gewann das erste europäische Parlament die notwendige Aufmerksamkeit. Schulthess bezeichnet als wesentlichen Grundübel aller europäischen Schwierigkeiten die internationale Verschuldung. Ihm folgt Fickler, aufmerksam belauscht, klar sprechend, jedes einzelne Wort abwägend. Er betont, daß Rußland nach seiner derzeitigen Abwesenheit von allen europäischen Konferenzen nicht

recht mitarbeiten könne. Seine Ausführungen gipfeln in der Feststellung, daß eine finanzielle Gesundung Europas nicht möglich ist, solange die Rüstungen nicht eingestellt und abgebaut werden. — Als

Rathenau

dann in einer ursprünglich nicht vorgesehenen Rede die Ausführungen der Reichsregierung über die gegenwärtigen Zustände in Europa kurz zusammenfaßt, herrschte einfache Stille. Rathenau legte die Thesen der Finanzkommission, die inhaltlich bereits in Brüssel gefaßt worden seien, als bedeutungsvoll und bedauerlich, daß bisher alle Theorien — Theorie geblieben sei. Die Hauptursache des europäischen Finanzelends, die uns bisher 10 Millionen Arbeiterlose bescherte, sei so viel, als große Länder überhaupt an Arbeitern beschäftigen, und deren Ende vorerst nicht abzusehen ist, bildeten die schweren Schuldenlasten, die einzelne Nationen zu tragen hätten und die selbst mit der Verpöpfung des gegenwärtigen Welthandels nicht abgetragen werden könnten. Hierin liege der Grund einer sorgfältig dringlichen Verkaufswortwendigkeit bei dem Schuldner und der Arbeitslosigkeit beim Gläubiger, die letzten Endes eine Verschärfung des Wirtschaftskrieges bedeute. Deshalb liege es im Interesse der ganzen Welt, eine Regelung der Schuldenfrage und der Arbeitsfreiheit der Märkte dringend vorzunehmen. Rathenau endete mit der Mahnung, daß es allerhöchste Zeit zum Handeln sei und daß die Welt von Genua mehr als Theorien und Thesen erwarte: eine energische, beständige Tat.

Während Lloyd George auf die Überzeugung aller vorhergegangenen Reden keinen Wert legte, auf die des Franzosen Picard sogar ausdrücklich verzichtete, hat er, die Ausführungen Rathenaus sofort englisch zu übersetzen. Englische Journalisten äußern, daß sich Lloyd George über die Rede des deutschen Außenministers unerkennend ausgesprochen hat.

Dem Schluß der Sitzung kommt nur rein formale Bedeutung zu. Der Vorsitzende erläuterte Bericht über die Arbeiten der Transportkommission. Er machte mehrfach starken Eindruck, als er an die Kriegstenden Belgien erinnerte. Um 12.30 Uhr wird die Sitzung geschlossen, nachdem die Resolutionen der einzelnen Kommissionen unter gewissen Vorbehalten einzelner Länder angenommen waren.

Damit hat ein Teil der Konferenzarbeiten seinen formellen Abschluß gefunden. Es wäre verfehlt zu behaupten, die nach dem bisherigen Verlauf der Tagung Schlussfolgerungen zu ziehen. Im übrigen fehlt und vorläufig noch jede Garantie, daß die jetzt endgültig verabschiedeten Resolutionen auch von allen Staaten in Zukunft als Basis der Beschlüsse über Finanz- respektive Transportfragen gelten werden. Wir gehen vorerst nur den einen Wunsch, daß sich die schönen Hoffnungen, die in der heutigen Sitzung vereinzelt ausgesprochen wurden, zum Gegenstand bald bevorstehender Verhandlungen mögen.

Die „proletarische Einheitsfront“ in Rußland

Der kürzlich stattgefundene Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands hat zur Frage der proletarischen Einheitsfront einen Beschluß gefaßt, der die Sottensolomonmoral der russischen Kommunisten in drastischer Weise illustriert. Es heißt in diesem Beschluß, daß in allen Ländern mit Ausnahme Rußlands die Einheitsfront mit den übrigen proletarischen Parteien anzustreben sei, weil nur auf diese Weise die Kommunisten mit den breiten proletarischen Massen in Verbindung kommen könnten, daß aber in Rußland selbst die Einheitsfront mit den übrigen sozialistischen Parteien, den Menschewisten und Sozialrevolutionären, unbedingt zu vermeiden sei, weil diese Parteien die Interessenvertreter der Bourgeoisie seien.

Diese Stellungnahme des Kommunistischen Parteikongresses steht vollkommen im Einklang mit den Erklärungen, die Lenin auf dem Kongreß erneut gegen die Menschewisten und Sozialrevolutionäre aussprach. Zu derselben Zeit, wo die Vertreter der Kommunistischen Internationale sich auf der Berliner Konferenz mit den Vertretern der Wiener Arbeiterklasse und der 2. Internationale an einen Tisch setzten und die proletarische Einheitsfront als unbedingte Notwendigkeit anerkannten, kündigte Lenin, der eigentliche Führer Sowjet-Rußlands und der Kommunistischen Internationale, den Angehörigen der übrigen proletarischen Parteien, insbesondere den Menschewisten der Wiener Arbeitergemeinschaft, „großartigen, erbarmungslosen“ Kampf an. Es scheint, als ob er sich zur Aufgabe gestellt hätte, jede Diskussion im Reime zu erlösen, daß es den Kommunisten mit der Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront erlut sei.

Man anders verhalten sich zu der Frage der proletarischen Einheitsfront unsere Genossen in Rußland, die unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen gegen den Terror, gegen die verbrecherischen Itorien der Kommunisten ankämpfen und ungeachtet aller Verfolgungen die Kerntropen des Proletariats für die sich ankündigenden Klassenkämpfe in Rußland zu sammeln suchen. Das Petersburger Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat, wie der „Sozialistische Wote“ mitteilt, im Februar ein illegales Flugblatt veröffentlicht, das zur Frage der proletarischen Einheitsfront Stellung nimmt. Es heißt in diesem Flugblatt:

„Die Bewegung zugunsten der Einheitsfront nimmt an Stärke und Umfang zu und ergreift immer größere Massen der Arbeiterklasse. Im ihren Einfluß auf die europäische Arbeiterbewegung nicht endgültig zu verlieren, haben selbst die paten-tierten Spaltungsinstanzen aus der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Rußlands die Parole der Einheitsfront abgegeben und so ihren beständigen geistigen Bankrott offenbart. Zum natürlichen Anziehungspunkt der proletarischen Massen des Westens ist die Wiener Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien geworden, die in ihren Reihen jene westeuropäischen Parteien vereinigt, die unter hartnäckigen geistigen Kampf gegen die Reformisten und Kommunisten das Proletariat fortgesetzt zur Einheit und zum Kampf für den Sozialismus auf dem Boden der Demokratie aufzurufen haben. Die Einigung im nationalen und internationalen Maßstab zur Verteidigung der Klassenpositionen des Proletariats, zum Kampf um den Sozialismus in Europa, zur Verteidigung der russischen Revolution — das ist die dringendste geschichtliche Aufgabe des internationalen Proletariats. Diese Aufgabe steht auch für die russische Arbeiterklasse auf der Tagesordnung.“

Das Flugblatt unserer Petersburger Genossen schildert dann weiter die Aufgaben, die sich angesichts der drohenden internationalen Reaktion und der vermissenden Folgen der bolschewistischen Diktatur für die russische Arbeiterklasse ergeben:

„Der Sieg der internationalen Reaktion würde unauflöslich auch zum Triumph der russischen Gegenrevolution führen, die unter der Fede der bolschewistischen Diktatur den-gegründete neue Bourgeoisie würde auf den Ruinen der Demokratie ihre Herrschaft aufzurichten. Ihr Sieg würde bedeuten: die zunehmende Ausdehnung der Arbeiterklasse, die Verfestigung der internationalen kapitalistischen Reaktion, die Schwächung des internationalen Proletariats. Die herausfordernde Reaktion kann nur gestemmt werden durch eine in Selbsttätigkeit erstarrte und in ihren Klassenorganisationen vereinigte Arbeiterklasse Rußlands.“

Aber eine Einheit ist bei uns nicht vorhanden. In den Reihen der Bolschewisten ihre politische Herrschaft mittels der Methoden des Bürgerkrieges in der Arbeiterklasse aufzurichten, haben sie in Rußland den freien proletarischen Gedanken und das freie Wort erstickt, die Arbeiterorganisationen gestört und die zarischen Gefängnisse mit Tausenden und aber Tausenden Arbeitern und Sozialisten bevölkert. Sie haben die Arbeiterklasse nicht gestärkt, sondern macht- und kraftlos gemacht. Selbst jetzt, wo sie aus politischen Erwägungen als Verkünder der proletarischen Einheitsfront im Westen auftreten, verpöchten sie und russischen Arbeitern durch den Mund ihrer Führer lediglich eine weitere Verfestigung des politischen Drucks.“

Wir aber, Genossen, brauchen nicht die Einheitsfront der Rechlosigkeit, wir verlangen die Einheitsfront des Rechts. Wir verlangen Freiheit und Demokratie als Grundlage für den freien Zusammenschluß unserer zerstückelten Reihen in einer einheitlichen starken Arbeiterorganisation als notwendige Voraussetzung für den Erfolg unseres weiteren Kampfes für den Sozialismus.“

Am Schluß formuliert das Flugblatt die Alternative, vor der der russische Volkswismus gegenwärtig steht:

„Die Geschichte hat nun den Volkswismus vor die Frage gestellt: entweder mit der Arbeiterklasse oder gegen sie! Entweder kapitalisiert die bolschewistische Partei vor dem Streben des Proletariats zur Einheit und Freiheit, entweder gibt sie die Diktatur preis und beschreitet den Weg der Demokratisierung Rußlands — aber aber sie legt ihre Politik des Terrors und der Gewalt gegen das Volk fort, meist Schritt